

DEBATTE

KOMMENTAR

Hilfe dringend benötigt

Kirsten Bialdiga
 zur Situation
 lernschwacher
 Schüler



Sozialen Sprengstoff bietet die Pandemie mehr als genug. Wirtschaftliche Existenzen, die auf der Strecke bleiben, Künstler ohne Einnahmen, Amtsträger, die sich impfen lassen, ohne dass sie an der Reihe wären – die Liste ist sehr viel länger als diese wenigen Beispiele. Weithin unterschätzt sind bisher die sozialen Folgen, die sich mittel- und langfristig aus den Kita- und Schulschließungen ergeben.

Zwar ist den meisten Politikern bewusst, dass Kinder besonders unter dem Distanz-

unterricht leiden. Auch Lehrer erleben jeden Tag, dass einige Schüler für sie nicht mehr erreichbar sind. Dennoch wird gerade für Kinder aus ärmeren Familien viel zu wenig getan.

Warum gibt es nicht eine verbindliche Vorgabe, dass etwa Schulsozialarbeiter, aktuell wenig ausgelastete Sportlehrer oder Lehramtsstudierende diese Kinder mehrmals pro Woche zu Hause besuchen, um Kontakt zu ihnen aufzunehmen?

Warum können lernschwache Schüler nicht in kleinen Gruppen in extra Räumen in den leeren Schulen unterrichtet werden? Unter Infektionsaspekten erscheint das vertretbar, denn auch eine Notbetreuung findet ja in NRW weiterhin statt.

Das alles würde Geld kosten. Vielleicht fällt es den Landesregierungen leichter, die erforderlichen Mittel freizugeben, wenn sie auch einmal eine volkswirtschaftliche Rechnung aufmachen: Weniges ist besser erforscht als der Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen.

Bildungsökonominnen haben jetzt errechnet, dass die 18 Wochen Schulausfall 2020/21 einen Verlust von sage und schreibe 3,3 Billionen Euro bis zum Ende des Jahrhunderts ergeben. Pro Schüler entspricht das einem Minus beim Lebens-einkommen von 4,5 Prozent – im Durchschnitt. Bei sozial Benachteiligten dürfte es deutlich höher ausfallen.

Ihre Meinung an: dialog@kr-redaktion.de



Corona-Baseball.

Zeichnung: Burkhard Mohr

Sollen Atomwaffen überall verboten werden?

Das Verbot von Kernwaffen tritt an diesem Freitag in Kraft, Deutschland und die fünf Atommächte treten dem Vertrag allerdings nicht bei – Bundesregierung hält das Abkommen für kontraproduktiv



Jeder Schritt hin zu der Vision einer atomwaffenfreien Welt stärkt die Sicherheit. Wir müssen raus aus der Spirale der Atomwaffen.

Annalena Baerbock
 Vorsitzende der Grünen

GROSSER SCHRITT

Für den Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahm, ist der Vertrag ein großer Schritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. „Angesichts einer mangelnden nuklearen Abrüstung, der Modernisierung und auch der Verbreitung von Atomwaffen kann eine solche völkerrechtliche Festlegung den notwendigen Druck aufbauen, dass diese Waffen endlich aus der Welt verbannt werden“, erklärte Brahm. Gegen Atomwaffen wird am Freitag weltweit protestiert, in Deutschland in rund 700 Städten. (epd)



Was meinen Sie?
 Sollte Deutschland dem Atomwaffenverbot beitreten?
 Bitte schreiben Sie uns:
 Dialog@kr-redaktion.de,
 Kölnische Rundschau,
 Leserbrief, Postfach 102145,
 50667 Köln

FRAGE DES TAGES



Atomwaffen sind ab diesem Freitag verboten.

Das klingt zunächst nach einer guten Nachricht. Ganz so einfach ist es aber nicht. Fast zwei Drittel aller Staaten haben das Verbot beschlossen, die Atommächte fehlen allerdings. Und auch Deutschland ist nicht dabei. Ist das richtig?

Berlin/New York. Kurz vor Inkrafttreten des Atomwaffenverbots der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung einen Beitritt zu dem Vertrag erneut abgelehnt. In einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfaktion im Bundestag bekräftigt das Auswärtige Amt, dass es den seit mehr als 50 Jahren bestehenden Atomwaffensperrvertrag für das wirksamere Instrument hält, um zu konkreten Abrüstungsschritten zu kommen. Aus dem neuen Vertrag ergebe sich eine nachrangige Behandlung bestehender Verpflichtungen. „Aus Sicht der Bundesregierung kann dies zu einer Fragmentierung und realen Schwächung internationaler Abrüstungsbemühungen im nuklearen Bereich führen“, heißt es in dem Schreiben der Staatssekretärin Antje Leendertse.

Argumente der Bundesregierung Leendertse macht deutlich, dass die Bundesregierung das neue Vertragswerk sogar für kontraproduktiv hält. Die darin festgeschriebene Ächtung von Atomwaffen habe „die Abrüstungsbereitschaft der Nuklearwaffenstaaten nicht erhöht, sondern tendenziell zur Verhärtung des Abrüstungsdialogs beigetragen“. Auch vor dem Hintergrund dieser „Polarisierung“ sei die Bundesregierung darum bemüht, die politische Aufmerksamkeit „auf praktische und realisierbare Abrüstungsschritte“ zu richten.

Hintergrund der Debatte

Der UN-Verbotsvertrag war 2017 von 122 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beschlossen worden. An diesem Freitag tritt er in Kraft, weil ihn inzwischen mehr als 50 Staaten ratifiziert haben. Mit ihm werden Besitz, Entwicklung, Produktion, Erwerb oder auch Stationierung von Atomwaffen verboten. Der Vertrag wird allerdings von allen Atomwaffenmächten sowie allen Nato-Staaten und damit auch Deutschland abgelehnt. Damit bleibt er unwirksam, zumindest was



Relikt aus früheren Zeiten: Eine unschädlich gemachte Titan-II-Rakete steht in einem Museum in Sahuarita (USA). Foto: dpa

Greenpeace übt scharfe Kritik

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und die Organisation Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) haben die Bundesregierung zum Verzicht auf Atomwaffen aufgefordert. Anlässlich des Inkrafttretens des internationalen Atomwaffenverbotsvertrages am Freitag kritisierten die Organisationen am Donnerstag in Berlin die Weigerung Deutschlands, dem Vertrag beizutreten.

konkrete Abrüstungsschritte angeht. Der Atomwaffensperrvertrag wurde dagegen Ende der 1960er Jahre von den Atomwaffenmächten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien initiiert. In ihm wird ebenfalls allen Vertragsstaaten außer diesen fünf der Erwerb von Atomwaffen verboten. Die Atomwaffenmächte verpflichten sich gleichzeitig zu Verhandlungen über eine vollständige Vernichtung ihrer Waffen.

Kritik von Opposition und UN

Ein aktuelles Gutachten der Wissen-

ten. Zugleich forderten sie den Abzug der Atomwaffen vom US-Luftwaffenstützpunkt Büchel (Rheinland-Pfalz).

Greenpeace warf der Bundesregierung vor, an einem überkommenen Lagerdenken und an atomaren Vernichtungsdrohungen festzuhalten. Damit isoliere sich Deutschland zunehmend international anstatt echte Sicherheit zu gewährleisten. (epd)

schaftlichen Dienste des Bundestags widerspricht der Auffassung der Bundesregierung, dass der neue Vertrag den Atomwaffensperrvertrag schwäche. Die beiden Verträge stünden „juristisch nicht in Widerspruch“ zueinander, heißt es darin. Die rechtliche „Fortschreibung“ bestehe vor allem darin, dass der Atomwaffenverbotsvertrag „konkrete Abrüstungsverpflichtungen“ enthalte und die Strategie der nuklearen Abschreckung delegitimiere. Für die Linken-Abgeordnete Sevim Dagdelen sind damit die Hauptargumente der Bundesregierung

„wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen“. „Einem Beitritt zu diesem historischen Abrüstungsvertrag steht nichts entgegen, im Gegenteil“, sagt sie.

Auch bei den Vereinten Nationen in New York wird die harsche Ablehnung des neuen Vertrags mit Unverständnis verfolgt. Alle Länder müssten wieder einen Weg mit einer gemeinsamen Vision zur nuklearen Abrüstung einschlagen, fordert der Sprecher von UN-Generalsekretär António Guterres, Stéphane Dujarric. Und genau das könnte auch für Deutschland der Beobachterstatus beim Atomwaffenverbotsvertrag eine wichtige Rolle spielen: Dieser würde es skeptischen Ländern ermöglichen, „ihre Vorbehalte zu äußern und einen Dialog mit den Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrages aufzunehmen“, sagt Dujarric.

Beobachterstatus bedeutet, dass man an der Vertragsstaatenkonferenz teilnimmt, aber kein Stimmrecht hat. Allerdings müssen sich auch die Beobachter an der Finanzierung der Konferenz beteiligen, die voraussichtlich in etwa einem Jahr stattfindet. Nach UN-Angaben haben bislang nur die Schweiz und Schweden Interesse bekundet, als Beobachter teilzunehmen. (dpa)